

# Bescheid

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat I, bestehend aus dem Vorsitzenden Mag. Michael Ogris als Senatsvorsitzenden und den Mitgliedern Dr. Susanne Lackner und Mag. Michael Truppe, im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 111/2010, wie folgt entschieden:

## I. Spruch

Gemäß §§ 24, 25 Abs. 1 und 3 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2010, wird festgestellt, dass die **Privat-Radio Betriebs GmbH** (FN 132649y beim Landesgericht für ZRS Graz), vertreten durch die Lansky, Ganzger + Partner Rechtsanwälte GmbH, Rotenturmstraße 29/9, 1010 Wien, die Bestimmung des § 22 Abs. 1 PrR-G dadurch verletzt hat, dass sie am 01.10.2010 zwischen 16:00 und 24:00 Uhr keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Aichfeld – Oberes Murtal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms hergestellt hat.

## II. Begründung

### 1. Gang des Verfahrens

Im Rahmen eines gegen die Privat-Radio Betriebs GmbH anhängigen Beschwerdeverfahrens forderte die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) die Privat-Radio Betriebs GmbH mit Schreiben vom 22.10.2010 gemäß § 22 Abs. 1 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2010, auf, Aufzeichnungen des am 01.10.2010 von 00:00 bis 24:00 Uhr im Versorgungsgebiet „Aichfeld – Oberes Murtal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms vorzulegen.

Am 02.11.2010 langten unter anderem eine Stellungnahme sowie eine CD der Privat-Radio Betriebs GmbH bei der Behörde ein. Auf der CD befanden sich jedoch lediglich die Aufzeichnungen des im Versorgungsgebiet „Aichfeld –

Oberes Murtal“ ausgestrahlten Programms der Privat-Radio Betriebs GmbH vom 01.10.2010 von 00:00 bis 16:00 Uhr.

Mit Schreiben vom 08.04.2011, KOA 1.466/11-012, leitete die KommAustria von Amts wegen ein Verfahren gemäß §§ 24, 25 Abs. 1 und 3 PrR-G zur Feststellung einer Verletzung des § 22 Abs. 1 PrR-G gegen die Privat-Radio Betriebs GmbH ein, und gab ihr Gelegenheit zur Stellungnahme binnen zwei Wochen.

Die Privat-Radio Betriebs GmbH übermittelte am 27.04.2011 eine Stellungnahme zum eingeleiteten Rechtsverletzungsverfahren, in der sie ausführte, dass am 01.10.2010 zwischen 16:00 und 24:00 Uhr keine Aufzeichnungen des Programms erstellt wurden, jedoch kein Verschulden vorliegen würde.

## **2. Sachverhalt**

Aufgrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender Sachverhalt fest:

Die Privat-Radio Betriebs GmbH, eine zu FN 132649y beim Landesgericht für ZRS Graz eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Graz, ist Inhaberin von Zulassungen zur Veranstaltung von Hörfunk in den Versorgungsgebieten

- „Aichfeld – Oberes Murtal“ (Bescheid des Bundeskommunikationssenates [BKS] vom 31.03.2008, GZ 611.115/0002-BKS/2008) und
- „Bezirk Leoben und östlicher Teil des Bezirkes Liezen“ (Bescheid der KommAustria vom 28.02.2008, KOA 1.470/08-004).

Die Privat-Radio Betriebs GmbH hat am 01.10.2010 zwischen 16:00 und 24:00 Uhr aufgrund der Übersiedlung auf einen neuen Standort keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Aichfeld – Oberes Murtal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms hergestellt.

## **3. Beweiswürdigung**

Die Feststellungen hinsichtlich der Zulassungen der Privat-Radio Betriebs GmbH ergeben sich aus den zitierten Akten der KommAustria und des BKS.

Die Feststellung, dass die Privat-Radio Betriebs GmbH am 01.10.2010 zwischen 16:00 und 24:00 Uhr keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Aichfeld – Oberes Murtal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms hergestellt hat, ergibt sich insbesondere aus dem Inhalt ihrer Stellungnahme vom 27.04.2011.

## **4. Rechtliche Beurteilung**

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 111/2010, obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter nach den Bestimmungen des Privatradiogesetzes.

Gemäß § 25 Abs. 1 und 3 PrR-G entscheidet die KommAustria im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über Hörfunkveranstalter u.a. von Amts wegen über Verletzungen von Bestimmungen des PrR-G. Die Entscheidung der KommAustria besteht in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung des PrR-G verletzt worden ist.

Gemäß § 22 Abs. 1 PrR-G haben Hörfunkveranstalter von allen ihren Sendungen Aufzeichnungen herzustellen und diese mindestens zehn Wochen lang aufzubewahren, sowie diese über Verlangen der Regulierungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Die Bestimmung des § 22 Abs. 1 PrR-G dient der Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzung, sei es bei der Werbebeobachtung oder in sonstigen Verfahren, in denen Mitschnitte bestimmter Hörfunksendungen als Beweismaterial dienen können. Diesen Zielsetzungen kann nur dann entsprochen werden, wenn eine lückenlose Aufzeichnung der Hörfunksendungen, und zwar der tatsächlichen Ausstrahlungen, erfolgt (vgl. u.a. BKS 13.12.2002, GZ 611.011/0002-BKS/2002; 01.07.2003, GZ 611.011/0001-BKS/2003).

Ein mögliches technisches Problem eines bestehenden Aufzeichnungssystems enthebt den Hörfunkveranstalter nicht seiner Verpflichtung, für eine Aufzeichnung seiner Hörfunksendungen zu sorgen. Auf ein Verschulden kommt es für die Beurteilung der Rechtswidrigkeit des gegenständlichen Sachverhaltes nicht an (vgl. BKS 16.12.2005, GZ 611.151/0002-BKS/2005). Hinzu tritt, dass im gegenständlichen Fall die Aufzeichnungen für eine effektive Rechtskontrolle in einem Beschwerdeverfahren betreffend eine grundlegende Programmänderung ohne Genehmigung der Behörde notwendig waren.

Da die Privat-Radio Betriebs GmbH keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Aichfeld – Oberes Murtal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms vom 01.10.2010 zwischen 16:00 und 24:00 Uhr vorlegen konnte, liegt eine Verletzung des § 22 Abs. 1 PrR-G vor.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **III. Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid steht der Partei dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Wien, am 15. Juni 2011

**Kommunikationsbehörde Austria**

Der Senatsvorsitzende:

Mag. Michael Ogris  
(Vorsitzender)

Zustellverfügung:

Privat-Radio Betriebs GmbH, z.Hd. Lansky, Ganzger + Partner Rechtsanwälte GmbH, Rotenturmstraße 29/9,  
1010 Wien, **per RSb**